

Der Populismus darf nicht triumphieren

Jetzt brauchen wir Realismus, offene Worte und einen Schulterchluss in der Politik, nicht Populismus, der den klaren Blick auf Probleme vernebelt. Denn die Wahrheit ist den Menschen zumutbar – auch und gerade in Krisenzeiten.

Heidi Glück



Klimakrise, Energiekrise, Krieg in Europa – eine Sturmflut von Problemen fordert die Politik, im Bild Kanzler Nehammer und Vize Kogler.

Schriftstellerin Ingeborg Bachmanns berühmter Satz „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“ ist in die Krise gekommen. Ist die Wahrheit zumutbar? Selbstverständlich! Sonst würde man permanent den Kopf in den Sand stecken. Und sich Ohren, Augen und Mund zuhalten wie die berühmten drei Affen. Die könnten aber leider zu Wappentieren der heutigen Zeiten werden.

Die Wahrheit ist sehr wohl zumutbar, wird den Menschen aber nicht zugemutet. Warum? Weil die Politik sich davor fürchtet, die Wahrheit auszusprechen. Weil die Wahrheit meistens unangenehm ist. Aber sie ist notwendig, gerade in Krisenzeiten. „Aussprechen, was ist“, sagte schon Ferdinand Lassalle. Der Vordenker der Sozialdemokratie ist heute genauso vergessen wie seine Botschaft. Denn die Menschen wollen die Wahrheit am liebsten gar nicht hören. Das nennt sich selektive Wahrnehmung. Man sucht sich von allen angebotenen Informationen jene aus, die eigene Vorurteile und Haltungen bestätigen. Die Politik weiß das und redet den Menschen nach dem Mund. Das billige Argument dafür ist: Was ist schon Wahrheit? Es herrschen Meinungen statt Fakten. US-Präsident Donald Trump hat das „alternative Fakten“ genannt, man kann es auch als Lüge bezeichnen. Diese sind besonders in den digitalen Echokammern weit verbreitet.

Das Problem der bewussten Ignoranz eskaliert in Zeiten der Krise. Gerade jetzt, wo wir vor einem immer höheren Problemgebirge stehen und Realismus brauchen würden und einen Schulterchluss, triumphiert der Populismus. Er ist die Schutzmantel-Madonna der Realitätsverweigerer, die vor allem nach Besänftigung und Beruhigung streben. Und nach Sündenböcken. Der Populismus ist das Krebsübel der Krise. Denn er vernebelt den klaren Blick auf die Probleme. Die Politik will aber aus Angst vor schlechten Umfragen den Menschen nicht wehtun. Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck wurde als Lichtgestalt der unangenehmen Wahrheiten, aber auch der Offen-

heit und Nachdenklichkeit hochgelobt. Wir haben so einen nicht. Aber auch wir brauchen jemanden, der den Mut hat zu sagen: „Leute, die Party ist vorbei.“ Umweltschäden, Ressourcenvernichtung, Teuerung, Krieg vor der Haustür, Energieknappheit, Verschuldungsexzesse und vielleicht wieder ein Corona-Herbst: Da grenzt es an Betrug am Volk, wenn man sagt, es wird schon nicht so schlimm.

Die Menschen glauben es ohnehin nicht wirklich. Sie sind unsicher, irritiert, fühlen sich bedroht. Da kann die Politik Milliardenhilfen verteilen – es hilft ihr wenig zum Erfolg beim Wähler, bei der Wählerin, weil ihr Ansehen am Boden ist und das Misstrauen zu groß. Bessere Kommunikation wäre dringend notwendig, im Idealfall eine Prise Charisma. Dazu gutes politisches Handwerk, ehrliche Worte und ehrliche Taten. Das wäre Leadership. Auf der anderen Seite: Die Menschen sind gut im Politiker-Bashing und schlecht in Selbstkritik.

Die zumutbare Wahrheit aussprechen würde voraussetzen, dass alle politischen Akteure sich zur Ehrlichkeit bekennen. Doch das ist schlecht für das politische Geschäft. Mit bitteren Wahrheiten schaufelt

man sein eigenes Grab. Als der deutsche SPD-Kanzler Gerhard Schröder die harte, aber notwendige Hartz-IV-Reform einführte, von der seine Nachfolgerin Angelika Merkel zehn Jahre gut gelebt hat, war er bei der nächsten Wahl weg. Als Wolfgang Schüssel die Pensionsreform, die unsere Pensionen auch heute noch finanzierbar macht, durchgezogen hat, verlor er das Kanzleramt. Als Neuseeland in den 80er-Jahren eine radikale, aber heilsame Staatsreform vollzog, wurde die Regierung davongejagt. Winston Churchill gewann für Großbritannien den Weltkrieg und wurde 1945 als Premierminister abgewählt. Er sagte: „Das schlagendste Argument gegen die Demokratie ist eine fünfminütige Konversation mit einem Wähler“. Er darf nicht

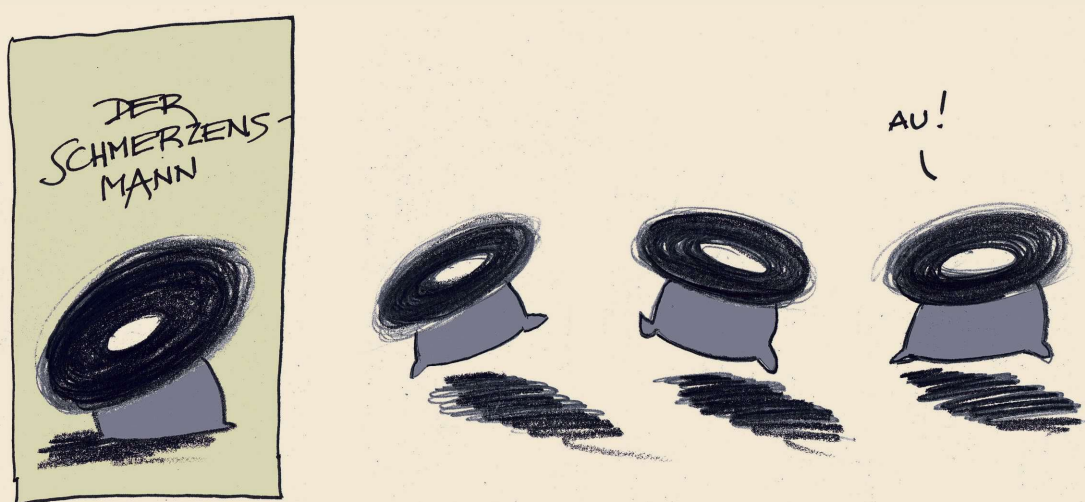
recht haben. In der aktuellen Sturmflut von Problemen täte ein Umdenken not. Doch Vernunft scheint am Aussterben zu sein. Alle reden vom Umweltschutz, aber das Windrad am nächsten Hügel wird verhindert. Alle reden vom Aggressor Wladimir Putin, aber die Neutralität wird nicht einmal ernsthaft diskutiert. Alle reden von Eigenverantwortung, aber die Impfquote ist eine der geringsten in Europa. Seit Jahr-

zehnten wählen die Österreicherinnen und Österreicher meistens eine Politik der Reformverweigerung und des schuldenfinanzierten Wohlfahrtsstaates. Mit den Fingern auf Politiker zeigen ist wohlfeil, weil es nichts kostet und weil man sich dann selbst moralisch überlegen fühlen kann. Das bringt uns aber nicht weiter. Und wir kriegen, was wir verdienen.

Wir sollten aufpassen, dass uns der Grundkonsens einer gemeinsamen demokratischen Gesellschaft nicht langsam verloren geht. Staatsgegner jeder Couleur schüren Hass und raunen von Aufständen im Herbst. Das ist verantwortungslos. Die Medien spielen mitunter die Rolle von Brandbeschleunigern. Das ist unseriös und gefährlich. Man muss um den Zustand der Republik besorgt sein, wenn das Commitment zu Respekt, Diskurs und Würde zerbröckelt. Aber der Machterhalt hat – so scheint es – überall Priorität. Dabei bräuchte es eine Allianz aus Politikern und Politikerinnen mit Weitblick und Kompetenz, Medien mit Qualität und Verantwortung und den österreichischen Citoymen, der sich konstruktiv einmischte. Es steht viel auf dem Spiel. Mir fällt die Rockband Midnight Oil ein: „How do we sleep while our beds are burning?“

HEIDI GLÜCK ist Kommunikations- und Strategieberaterin und war Pressescheffin von ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel.

„Staatsgegner jeder Couleur schüren Hass und raunen von Aufständen im Herbst.“



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

PRESSESTIMMEN

Aus Kommentaren internationaler Tageszeitungen zum Tod von Queen Elizabeth II:

DAGENS NYHETER.

(Stockholm) Queen Elizabeth II führte ihr Königreich sieben Jahrzehnte lang. Sie symbolisierte ein Imperium in großer Wandlung und Auflösung – doch selbst schien sie sich kaum zu verändern. Ihr Sohn und Nachfolger Charles steht nun vor einer unmöglich erscheinenden Aufgabe. Und fast dieselbe Aufgabe wartet auf die gesamte Bevölkerung. Die Briten stehen jetzt an einem Punkt, an dem sie sich selbst neu erfinden müssen. Sie haben zudem eine neu gewählte Premierministerin und die Bande zu ihren Nachbarn und Freunden in Europa durchtrennt. Das Europa, das erneut von Krieg und Krisen heimgesucht wird. Auch der überzeugteste Republikaner kann größten Respekt vor dem Lebenswerk von Queen Elizabeth II empfinden. Ein Land wie Großbritannien hätte sich keine bessere Landesmutter wünschen können.



(Paris) Kann sie wirklich so plötzlich verschwinden, eine Konstante in einer Welt, in der sich scheinbar alles zu schnell verändert?



(London) Elizabeth II hinterlässt eine Lücke, die wahrscheinlich nicht gefüllt werden kann. Die Monarchie der Zukunft wird nicht mehr dieselbe sein. Sowohl die Reform der königlichen Finanzen als auch die der Zivilliste (die staatlichen Zahlungen für den Unterhalt von Mitgliedern der königlichen Familie, Anm.) müssen sorgfältig durchdacht werden, wobei das Parlament angemessen konsultiert werden und das Recht haben muss, seine endgültige Zustimmung zu geben.



(London) Der Einfluss, den sie in ihrem ererbten Amt als Staatsoberhaupt ausübte, beruhte auf einer tief verwurzelten Zuneigung des Volkes, von der ein Politiker nur träumen kann. Die Königin erinnerte uns an unsere Vergangenheit, an die Kontinuität unserer nationalen Geschichte und an die Tugenden der Widerstandsfähigkeit, des Einfallsreichtums und der Toleranz, die sie geschaffen haben.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass nicht nur das Vereinigte Königreich eine Monarchie verloren hat, sondern auch Australien, Kanada, Neuseeland und elf weitere Überseegebiete, die die Königin als Staatsoberhaupt behalten haben. Werden sie ohne sie dem Druck widerstehen können, Republiken zu werden?



(Washington) Stetig wie ihr allgegenwärtiges Profil auf Briefmarken und Münzen verkörperte die Königin die britische Selbstbeherrschung. (...) Während andere in der königlichen Familie sich lautstark zu ihren Privatleben und Meinungen äußerten – auch zu Regierungsangelegenheiten –, stellte sie die Monarchie vor die Monarchin, gab der Pflicht den Vorrang vor persönlichen und familiären Interessen. (...)

Letztlich war ihre praktizierte Unparteilichkeit ein Vorteil, der es ihr ermöglichte, zu einem Nationalismus ohne Parteilichkeit zu inspirieren. Ihr Engagement für den Dienst am Volk war lobenswert – umso mehr für die Dauer ihrer Regentschaft und die Führung, die sie in spaltenden Zeiten anbot.